

Klaus-Peter Schöppner

Die neue »Neue Mitte«

Bislang wurden Wahlen vornehmlich in der politischen Mitte gewonnen: In der »Neuen Mitte« hatte die SPD mit Kanzler Schröder Erfolg. In der »sozialdemokratisierten Mitte« hechelte Kanzlerin Merkel zweimal knapp als Gewinnerin über die Ziellinie. Und Helmut Kohl hielt sich nicht nur für den Kanzler der Einheit, sondern vor allem für den der »Mitte der Gesellschaft«. Doch taugt die politische Mitte auf der Skala von sozialistisch bis rechtskonservativ noch zur politischen Standortbestimmung? Und welche Gründe entscheiden über den Ausgang der Bundestagswahl 2013?

Kein Wunder, wenn die Politiker weiterhin glauben, dass - in Abwandlung eines Bill Clinton Wahlslogans - »It's the Centre, stupid« als die Mutter aller Wahlkampflogans vor jedem Urnengang wieder neu aufblüht. »Wir sind die Mitte« behaupten alle Parteien, die nicht gerade wie die Linke ihre Ausrichtung bereits im Namen haben.

Auf den ersten Blick geben demoskopische Daten auch dieser Politstrategie Recht: »Wo würden Sie sich auf der ›Links-Rechts-Skala‹ politisch einordnen?« Diese Frage stellt Emnid in regelmäßigen Abständen: 67 % der Deutschen sehen sich mit ihrer politischen Selbsteinordnung in der Mitte - und zwar in fast allen Bevölkerungsschichten: 67 % in West, 66 in Ost, 69 % der Männer, 66 der Frauen, 70 % der Erstwähler, 63 der Alten. Nichts, so scheint es, ist attraktiver als Partei der Mitte zu sein.

Vorteil CDU! Denn fragt man die Wähler weiter nach dem politischen Standort der Parteien im Links-rechts-Spektrum von 1 bis 10, dann positionieren sie die Merkel-CDU mit 5,5 exakt auf der Mittelposition, während die SPD mit 4,3 deutlich nach links entfleucht ist.

In der »No-Name-Falle«?

Doch taugt die politische Mitte auf der Skala, die von sozialistisch bis rechtskonservativ reicht, noch zur politischen Standortbestimmung? Und ist es für die Parteien



Klaus-Peter Schöppner

(*1949) ist seit 1990 Geschäftsführer des emnid-Institutes, Berater und Autor.

KP.Schoepfner@tns-emnid.com

überhaupt noch attraktiv, sich als »Wir sind die Mitte« auszugeben, wenn auch die Union herbe Wählerverluste hinnehmen muss? Oder ist die politische Mitte im Zeitalter von Atomisierung und Fragmentierung nur noch ein statistisches Artefakt? Schließlich leiden gerade die Volkspartien massiv an Wählerschwund, während die kleinen »Markenkernparteien« zulegen wie noch nie: Aus dem 80:20 Vorsprung noch 2003 der Großen gegenüber den Kleinen ist mit der Bundestagswahl ein 57:43 geworden! Weil die Kleinen sich ziemlich prägnant von der Links-Rechts-Mitte entfernt haben? Weil nicht mehr eine Für-alle-etwas-, sondern die Für-mich-genau-das-Politik erfolgreicher ist? Schließlich spielen Ideologie und Milieu beim Wahlentscheid längst nicht mehr die Rolle wie in früheren Wahlkämpfen.

Sondern das klare Vertreten für eigene Interessen. Klare Kante statt politisches Niemandland: Eine »Partei der Mitte« steckt zunehmend in der »No-Name-Falle«. Denn wenn 70 % der Deutschen die Volkspartien kaum mehr auseinander

halten können, kämpft jede um die gleichen volatilen Wähler und erreicht doch nur, dass diese sich angesichts der nicht gewünschten klitzekleinsten gemeinsamen Nennerkompromisse desinteressiert abwenden – oder die Parteien der Ränder wählen. »Mitte« ist nichts Halbes und nichts Ganzes. Nicht Fisch noch Fleisch, nicht gut nicht schlecht, nicht großer Wurf, eben das Weiter so der bleiernen Zeit politischer Handlungsunfähigkeit.

Wer wie die CDU zudem noch die »mittigste Mitte« anstrebt, hat zwar durch das »Hin zur Sozialdemokratisierung« seit 2005 ca. zwei Millionen Exgenossen als neue Wähler vorläufig hinzugewonnen, aber ebenso viele nach anderen Richtungen verloren: 1,6 Millionen an die FDP, etwa 1 Million an die »vereinigte Linke« aus SPD, Grünen, Linken, ebenso viele an die Nichtwähler. Auf die Frage: »Wofür steht die CDU?« können gerade noch 5 % der Deutschen eine Antwort geben. Allerdings sind das immer noch mehr als derzeit bei der SPD.

Erfolg benötigt in Zukunft eine andere Positionierung: Profil statt Verwässerung, Stärken stärken statt Stärken zu nivellieren, auf Bürgerinteressen eingehen anstatt sie gleichzuschalten. Weil sich die Wählerschaft immer stärker fragmentiert, wollen sie ihre eigenen Interessen immer öfter vertreten wissen. Die politische Kernbotschaft lautet also: Individualität gerade in Zeiten zunehmender Verunsicherung ernst zu nehmen. Nicht »Mitte für alle«, sondern ein eindeutiges »Auch Deine Interessen zählen« stärkt Partizipation und Parteilernerfolg. Nicht der kleinste gemeinsame Nenner, sondern die Summe der Individualinteressen, durch eine dicke Klammer zusammengehalten, stärken die Chancen der Volksparteien.

Ambivalente Politik ist also der Weg aus der Marginalisierung von SPD und Union, weil beide immer noch Partikularinteressen vertreten. Beispiel Bildungspolitik, das derzeit wichtigste Politikfeld:

Nicht nur Elitförderung oder nur Integration bildungsferner Schichten, beides gleichermaßen dient dem langfristigen Bürgerwohl: Deutschland benötigt sowohl Eliten, um im globalisierten Wettbewerb zu bestehen, wie auch eine passabel ausgebildete Unterschicht, damit diese an der Gesellschaft teilhaben kann und zu Transferleistungen wird. In der Wirtschaftspolitik geht es gleichwertig darum, die Wachstumsbedingungen der Unternehmen zu verbessern, wie Arbeitnehmer sozial abzusichern. In der Ausländerpolitik sind Integrationsbedürfnisse und -forderungen gleichrangige Ziele für Deutsche und Ausländer. Und in der Sozialpolitik haben Transferempfänger und -geber Rechte und Pflichten. Wer nimmt, muss sich Bedingungen unterwerfen, wer gibt, hat das Recht auf Einhaltung dieser Regeln.

Und dennoch gibt es auch weiterhin eine attraktive politische Mitte, doch diese definiert sich heute durch andere Pole: Nicht mehr die Mitte zwischen Links und Rechts, sondern Ausgewogenheit, gegenseitiges Vertrauen, Glaubwürdigkeit ist die »neue« Mitte.

Vertrauen ist wahlentscheidend

»Was ist für Sie die wichtigste Eigenschaft von Politikern?« fragt TNS Emnid in regelmäßigen Abständen. Noch 2005 dominierte »Kompetenz« mit weitem Abstand vor »Durchsetzungsstärke«, »Sympathie« und »Kümmererbewusstsein«. 2009 fällt das Urteil völlig anders aus: Nun setzen 90 % der Deutschen »Vertrauen« nach ganz vorn. »Kompetenz« landet mit weitem Abstand vor »Sympathie« auf Platz zwei.

»Vertrauen« als ehrliche und aufrichtige Basis zwischen den auseinanderklaffenden Gesellschaftsschichten hat bereits die Bundestagswahl 2009 entschieden: Dem aufmerksamen Beobachter demos-

kopischer Trends ist nicht entgangen, dass die FDP, die 2005 in der Sonntagsfrage noch bei 8 % lag, durch den Zuwachs an ordnungspolitischen CDU-Wählern zwar auf 11 % anstieg, den eigentlichen Schub aber löste Hessens FDP aus: Erst deren Standhaftigkeit im Zuge des Ypsilanti-Versprechenbrechens katapultierte die Liberalen auf die zum Regierungswechsel notwendigen fast 15 %.

Der »Y(psilanti)-Faktor« wirkt: Nicht Kompetenz sondern Vertrauen bzw. enttäushtes Vertrauen rangiert auf der Skala der Wahlgründe ganz weit oben. Aus »Pro-« werden immer häufiger »Kontrawähler«. Immer weniger wählen die Partei ihrer Überzeugung, über 40 % bereits gegen die Partei ihrer Enttäuschung

Der politische Kompass hat sich verschoben

Es ist etwas passiert in der Mitte Deutschlands: Der politische Kompass hat sich verschoben! Trauten die Wähler früher den Politiker noch zu, »das Richtige zu tun«, so leiden sie nun unter der zunehmenden Komplexität des Lebens. Ob Autoreparatur, Medizindiagnose, Finanzberatung oder die politischen Debatten um das beste Gesundheitssystem, die Auswirkung des Mindestlohns, die Folgen von Steuersenkungen, oder um den besten Weg zum Frieden in Afghanistan: Weder wissen die Wähler den richtigen Weg, noch erwarten sie ernsthafte Lösungen von den Politikern. Der Alltag hat einen Komplexitätsgrad erreicht, bei dem »richtige« Lösungen durch Entscheidungen »nach bestem Wissen und Gewissen« – und damit nach Vertrauen abgelöst werden.

Die Parteien haben das immer noch nicht wahrgenommen – und tapen in die Glaubwürdigkeitsfalle. Nur 23 % vertrauten deren Aussagen im Wahlkampf, gerade noch 15 % hielten das Scholz'sche Rentenversprechen, nach dem die Rente

niemals sinken wird, für glaubhaft, und aktuell erwarten 92 %, dass möglichen Steuersenkungen sofort durch Abgabenerhöhungen woanders wieder einkassiert werden.

Die lange Jahre wie eine Monstranz voran getragene »Du-kannst-so-bleiben-wie-Du-bist«-Rhetorik sowie das »Wir-werden-aus-der-Krise-gestärkt-hervorgehen« glauben inzwischen weniger als 10 % der Deutschen. Und verändern damit klammheimlich ihre politischen Beurteilungsmaßstäbe: Der »Die-Kinder-sollen-es-mal-besser-haben«-Glaube hat mit Beginn der 17. Legislaturperiode ausgedient. Nur noch 9 % der Deutschen erwarten, dass es der Nachfolgeneration besser gehen wird als der unsrigen.

Dafür rechnen vier von fünf damit, dass es aufgrund der angespannten Haushaltslage, des Globalisierungsdrucks und des demografischen Faktors in Zukunft zu weniger Wohlstand, zur Trennung von manch Liebgewonnenem kommen wird, dass wir uns tendenziell weniger leisten können. Zudem erwarten 75 % ein immer stärkeres Auseinanderdriften unserer Gesellschaft.

Die politische Mitte ist also »Fairness«, also der faire Interessenausgleich in Zeiten sich verringernden Wohlstands. Das wird der Grund sein, wonach die Wahl 2013 entschieden wird: Nämlich nach »Fairness« im Umgang mit den auseinanderdriftenden Gruppen: im Interessenausgleich zwischen Arm und Reich, Jung und Alt, Arbeitslosen und Arbeitsplatzbesitzern, Arbeitgebern und -nehmern. Also inwieweit die Parteien es schaffen, die Gesellschaft wieder zu versöhnen anstatt sie weiter zu spalten.

Das politische Ziel der »neuen« Mitte muss es also sein, eine neue Rechtschreibung einzuführen: Die statt »verhandelt« »fairhandelt«. Nicht »verspricht«, sondern »fairspricht«, und anstelle eines Koalitions-»Vertrags« einen »Fairtrag« unterschreibt.